



Nr. 169 / 9. September 2019

Das Altenparlament mischt sich ein: Senioren diskutieren Strategien gegen Einsamkeit im Alter – Medieneinladung

„Strategien gegen Einsamkeit im Alter“: Unter diesem Motto steht am kommenden Freitag (13. September) das diesjährige Treffen des Altenparlamentes. Ab 9:30 Uhr werden 84 Delegierte aus Gewerkschaften, Seniorenräten und Sozialverbänden diskutieren und ihre Forderungen an die Landes- und Bundespolitik beschließen. Zum Einstieg gibt der ehemalige Bremer Bürgermeister Henning Scherf, der seit drei Jahrzehnten mit Freunden in einer Wohngemeinschaft lebt, Anregungen zum Thema.

In der anschließenden Beratung der Senioren mit Vertretern der „Jugend im Landtag“ und Landtagsabgeordneten werden in knapp 50 Anträgen insbesondere die Aspekte soziale Teilhabe, Armut und Wohnen ins Visier genommen. So sollen ein Regierungsbeauftragter gegen Einsamkeit eingesetzt und telefonische Beratungsstellen eingerichtet werden. Ein weiterer Vorschlag sieht vor, ehrenamtliche Initiativen zu stärken, die die Senioren in ihrer Mobilität und bei der Pflege ihrer öffentlichen Kontakte unterstützen. Die Kurzzeitpflege soll bedarfsgerechter und wohnortnaher und zudem künftig auch von Krankenhäusern angeboten werden. Für ihr Engagement sollen Ehrenamtler einen Rentenbonus erhalten und es soll ein Krankengeldanspruch für sozialversicherungspflichtige Rentner eingeführt werden. Um Armut in allen Altersgruppen zu verhindern, wird eine Erhöhung des Lohnniveaus, eine Initiative gegen prekäre Beschäftigungen, die Rückkehr zum umlagefinanzierten System in der gesetzlichen Rentenversicherung und ein Grundrenten-Modell für langjährig Beschäftigte gefordert.

Außerdem befassen die Teilnehmer des Altenparlamentes sich mit dem Thema bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum. Hier liegt ein Antrag vor, einen „Mietendeckel“ einzuführen, der öffentliche Wohnungsbau soll gefördert und Bauverfahren vereinfacht werden. Weiter werden die Anbindung an den ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Grundversorgung in der Nähe und die Einbindung von Pflegediensten eingefordert. Kommunale „Quartiersbetreuungen“ sollen dafür sorgen, dass die alten Menschen sich in den Hilfsangeboten zurechtfinden.

Auf der Grundlage der erarbeiteten Empfehlungen werden in der Plenardebatte ab 15 Uhr die Forderungen an die Politik beschlossen.

Das Altenparlament, das in diesem Jahr zum 31. Mal tagt, nimmt in Schleswig-Holstein einen festen Platz in der politischen Willensbildung ein und wird vom Landtag wie von der Landesregierung als Impulsgeber für ihre Entscheidungen geschätzt. Präsident der diesjährigen Veranstaltung ist Olaf Windgassen (Sozialverband Deutschland). Ingrid Werner-Langnickel (Deutscher Beamtenbund) und Kurt Blümlein (Seniorenverband Beamte im Ruhestand, Rentner und Hinterbliebene) übernehmen die Ämter der Vizepräsidentin und des Vizepräsidenten.

Vertreterinnen und Vertreter der Medien sind zur Veranstaltung herzlich eingeladen.

Weitere Informationen zum Altenparlament sowie das Programm der 31. Tagung unter:
sh-landtag.de/service/altenparlament/